

Geschlechtsspezifische Aspekte der Energiearmut

Dieses Jahr wird der Internationale Frauentag vor dem Hintergrund des russischen Krieges in der Ukraine begangen. Durch die drohende Energieknappheit hat der Konflikt die inflatorischen Auswirkungen der nach der Pandemie verzeichneten Erholung verschärft und zu einer Lebenshaltungskostenkrise in Europa geführt. Der Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM) des Europäischen Parlaments begeht diesen Tag am 1. März 2023 mit einem Treffen mit den nationalen Parlamenten. Auf der Tagesordnung: die Auswirkungen der steigenden Energiepreise auf Frauen und mögliche Maßnahmen zu deren Abmilderung.

Hintergrund

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat ein [ernsthaftes Risiko](#) von Gas- und Ölversorgungsengpässen auf dem EU-Markt geschaffen. Auch wenn dieses Risiko noch nicht eingetreten ist, hat es doch zu steigenden [Energiepreisen](#) und höheren Lebenshaltungskosten geführt. Die potenziell [anhaltende Inflation](#) verschärft frühere [Entwicklungen](#) im Zusammenhang mit der Erholung nach der Pandemie. Infolgedessen stehen immer mehr Menschen unter erhöhtem finanziellen Druck und sind stärker von [Energiearmut](#) bedroht. Langfristig birgt auch der grüne Wandel der EU die Gefahr, dass die Energiepreise in die Höhe getrieben werden und somit die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen in Armut geraten.

Geschlechtsspezifische Unterschiede bei den Auswirkungen der Energiekrise

So [unvollständig](#) das Bild ist, das die vorhandenen nach Geschlechtern aufgeschlüsselten Daten zur Energiearmut in der EU vermitteln, so zeigt es doch, dass Frauen benachteiligt sind. Nach Angaben von Eurostat waren bereits vor der aktuellen Krise im Jahr 2021 [6,9 %](#) aller Haushalte in der EU mit ihren Energierechnungen im Rückstand und [6,4 %](#) gaben an, dass sie nicht in der Lage waren, ihre Unterkunft warm zu halten. Im Jahr 2020 lebten fast [15 %](#) aller Haushalte in Unterkünften mit undichten Stellen, kaputten Dächern oder Fäulnis. Haushalte mit Kindern, die von einem alleinstehenden Erwachsenen geführt werden, sind am stärksten von den steigenden Energiepreisen betroffen. Eurostat-Statistiken aus dem Jahr 2021 zeigen, dass 83 % dieser Alleinerziehenden-Haushalte von Frauen geführt werden. Eine Eurofound-[Erhebung](#) vom Frühjahr 2022 bestätigte diese Trends. Sie ergab, dass der Anteil der Frauen, die ihre Energierechnungen verspätet bezahlten, im Frühjahr 2022 sprunghaft anstieg und dass alleinstehende Frauen und alleinerziehende Mütter häufiger als andere Gruppen Schwierigkeiten hatten, ihre Energierechnungen zu bezahlen.

Faktoren der Energiearmut

Die Energiearmut wird durch bestehende Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen, insbesondere in Bezug auf das Einkommen, verstärkt: das [geschlechtsspezifische Lohngefälle](#); das [geschlechtsspezifische Rentengefälle](#); und die im Vergleich zu Männern eingeschränkteren Arbeitsmöglichkeiten von Frauen aufgrund ihrer unverhältnismäßig hohen Belastung im Hinblick auf die Betreuung von Kindern und anderen engen Familienangehörigen. Frauen sind auch in relativ schlecht bezahlten Sektoren wie Pflege, Gesundheit und Bildung sowie in der Teilzeitarbeit [überrepräsentiert](#). All diese Faktoren machen sie anfälliger für die Energiekrise, die für alle, die mit einem [niedrigen Einkommen](#) leben, gravierende Auswirkungen hat.

Auch das Alter spielt eine große Rolle bei der Anfälligkeit von Frauen für Energiearmut. Da Frauen in der EU im Allgemeinen [länger](#) leben als Männer (ein Altersunterschied, der in einigen EU-Mitgliedstaaten bis zu 10 Jahre beträgt) und häufig niedrigere Renten beziehen, sind sie einem erhöhten Risiko von Energiearmut ausgesetzt. Im Alter werden Menschen zudem besonders kälteempfindlich und sind dadurch erhöhten Gesundheitsrisiken ausgesetzt.

Auf Haushaltsebene unterscheidet sich die Art, wie Frauen mit Energieknappheit [umgehen](#) und diese [erleben](#), von der der Männer. Frauen nehmen die aktuelle Lebenshaltungskostenkrise im Allgemeinen dramatischer wahr und haben tendenziell höhere [Inflationserwartungen](#). Der höhere Anteil der Energiekosten am Gesamteinkommen von Frauen verringert ihre finanziellen Möglichkeiten zum Aufbau einer autonomen Existenz, was für diejenigen, die vor misshandelnden Partnern fliehen wollen, ein wichtiges Thema ist. Das Risiko der Energiearmut verstärkt die negativen Auswirkungen, die [aufeinanderfolgende Krisen](#) auf Frauen in der ganzen Welt hatten, und bremst die Fortschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter. Höhere Energiepreise könnten zusammen mit anderen Faktoren zu einer andauernden [Wirtschaftskrise beitragen](#), in der eine anhaltende Inflation mit einer möglichen Rezession einhergeht. Dieses Szenario könnte Frauen stärker treffen als Männer, nicht zuletzt, weil sie häufiger [in Teilzeit](#) arbeiten und [Unternehmen](#) im Besitz von Frauen oft kleiner sind als die von Männern; kleine Unternehmen sind bereits stark von der Pandemie [betroffen](#).



Maßnahmen der Mitgliedstaaten

Die Mitgliedstaaten haben versucht, die Auswirkungen der steigenden Energiepreise auf die allgemeine Bevölkerung und in einigen Fällen speziell auf die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen abzumildern. Einem [Bericht](#) von Eurofound aus dem Jahr 2022 zufolge stellen ermäßigte Tarife und Geldleistungen die von den Mitgliedstaaten bevorzugten Unterstützungsmethoden zur Bewältigung der hohen Energiepreise dar. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichts durch Eurofound hatten 21 Mitgliedstaaten ihre Tarife gesenkt, und 21 (aber nicht alle dieselben) gewährten Geldleistungen. Insgesamt wendeten 26 Mitgliedstaaten mindestens eine dieser beiden Arten von Maßnahmen an. Einige der Maßnahmen waren langfristig angelegt, während andere eine einmalige Soforthilfe darstellten. In einigen Ländern waren diese Maßnahmen auf gefährdete Gruppen ausgerichtet, während sie in anderen Ländern in der Regel allen Haushalten zur Verfügung gestellt wurden. Sozialmaßnahmen für gefährdete Gruppen, die von Energiearmut bedroht sind, wie z. B. Sozialtarife, Blockpreisgestaltung, Rückvergütungen und Einkommensunterstützung, [berücksichtigen](#) jedoch nicht ausreichend die Tatsache, dass einkommensschwache Gruppen gewöhnlich in schlecht isolierten Unterkünften leben und daher einen höheren Energiebedarf haben. Um dies auszugleichen, wurden Maßnahmen entwickelt, die das derzeitige EU-Ziel eines grünen Wandels fördern sollen. Dem oben erwähnten Eurofound-Bericht zufolge sind Maßnahmen zur Förderung des grünen Wandels, wie z. B. Nachrüstprogramme für Haushalte, Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz und andere Anreize, in einer Reihe von EU-Ländern (Belgien, Zypern, Frankreich, Griechenland, Irland, Litauen, den Niederlanden, Portugal) direkt auf gefährdete Gruppen ausgerichtet.

Auch der lokalen und regionalen Ebene kommt eine wichtige Rolle zu. Im Januar 2022 verabschiedete der Europäische Ausschuss der Regionen eine Stellungnahme zum Thema [Geschlechtergleichstellung und Klimawandel](#), in der er feststellte, „dass Frauen aufgrund struktureller Ungleichheiten bei der Einkommensverteilung, ihres sozioökonomischen Status und des Gefälles bei Betreuungs- und Pflegeaufgaben unverhältnismäßig stark von Energiearmut betroffen sind“. Darin wurde betont, dass Energiearmut auf allen Verwaltungsebenen bekämpft werden muss, indem verschiedene politische Instrumente eingesetzt werden und sowohl Fragen der Energieeffizienz als auch des sozialen Schutzes berücksichtigt werden.

Maßnahmen der EU

In den EU-Rechtsvorschriften im Energiebereich (z. B. die [2019 überarbeitete Elektrizitätsrichtlinie](#) und die [Gasrichtlinie von 2009](#)) wird das Risiko der Energiearmut im Allgemeinen angegangen und den Mitgliedstaaten die Verpflichtung auferlegt, die Zahl der von Energiearmut betroffenen Haushalte zu erfassen und schutzbedürftige Strom- und Gaskunden zu schützen. In den EU-Vorschriften wird jedoch kein ausdrücklicher geschlechtsspezifischer Ansatz vorgesehen.

Ein umfassender Ansatz, der über die ergriffenen Maßnahmen hinausgeht und darauf abzielt, die unmittelbaren Auswirkungen steigender Energiepreise auf Frauen abzumildern, geht zwangsläufig mit der Bewältigung struktureller Ungleichheiten, insbesondere hinsichtlich des Einkommens, zwischen Frauen und Männern einher. Die Maßnahmen der EU haben in der Vergangenheit in diesem wichtigen Bereich einiges bewirkt, und die aktuellen Vorschläge, wie die Verabschiedung der vorgeschlagenen [EU-Richtlinie zur Lohntransparenz](#) (die sich derzeit in der Gesetzgebungsphase befindet), könnten weitere wichtige Schritte darstellen.

Die durchgängige Berücksichtigung einer Geschlechterperspektive in der EU-Finanzierung, insbesondere bei energiebezogenen Projekten, ist ein weiterer Aktionsschwerpunkt. Ein Beispiel dafür ist das [Projekt EmpowerMed](#) (Empowering Women to Take Action against Energy Poverty, 2019–2023 (Ermutigung von Frauen, gegen Energiearmut zu handeln, 2019-2023)), das die EU im Rahmen des Programms Horizont 2020 mit dem Ziel finanziert hat, die Energiearmut in den Küstengebieten der EU im Mittelmeerraum zu bekämpfen. Das Projekt hatte einen besonderen Schwerpunkt auf Frauen, Geschlecht und Gesundheit und ermutigte über 10 000 schutzbedürftige Menschen, ihren Energieverbrauch zu steuern.

Das Problem der Energiearmut ist auch im Kontext der EU-Maßnahmen für einen grünen Wandel relevant. Durch die [Energieeffizienzrichtlinie](#) sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, einen Teil der nationalen Energieeffizienzmaßnahmen vorrangig für finanziell schwächere Haushalte, einschließlich der von Energiearmut betroffenen Haushalte, durchzuführen. Insgesamt besteht jedoch noch Spielraum für eine Verbesserung der [geschlechtsspezifischen Dimension](#) der EU-Maßnahmen, die auf den grünen Wandel abzielen.

Standpunkt des Europäischen Parlaments

In seiner [Entschließung](#) vom 5. Juli 2022 zu der Frauenarmut in Europa betonte das Europäische Parlament, dass Frauenarmut unter anderem das Risiko der Energiearmut erhöht und dass speziell auf Alleinerziehende zugeschnittene politische Maßnahmen erforderlich sind. Ferner betonte es, „dass Haushalten mit geringem Einkommen der Zugang zu einer erschwinglichen Versorgung garantiert werden muss, insbesondere älteren Frauen und alleinerziehenden Müttern“. Der FEMM-Ausschuss forderte die Mitgliedstaaten in seiner [Stellungnahme](#) aus dem Jahr 2021 zu dem Vorschlag für eine Richtlinie zur Energieeffizienz auf, spezifische Maßnahmen zur Bekämpfung der Feminisierung der Energiearmut zu ergreifen und alle in den grünen Wandel einzubeziehen.

Dieses Dokument wurde für die Mitglieder und Mitarbeitenden des Europäischen Parlaments erarbeitet und soll ihnen als Hintergrundmaterial für ihre parlamentarische Arbeit dienen. Die Verantwortung für den Inhalt liegt ausschließlich bei dem/den Verfasser(n) dieses Dokuments. Die darin vertretenen Auffassungen entsprechen nicht unbedingt dem offiziellen Standpunkt des Europäischen Parlaments. Nachdruck und Übersetzung – außer zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe sind gestattet, sofern das Europäische Parlament vorab unterrichtet und ihm ein Exemplar übermittelt wird. © Europäische Union, 2023.